Herr Strack führt kurz in die Thematik ein und bezieht sich auf die Ausführungen im Ältestenrat. Frau Sonntag weist darauf hin, dass die Zahlen vom Stand des heutigen Tages berücksichtigt wurden. Allerdings unterlägen diese aber weiteren ständigen Veränderungen. In Anschluss trägt Frau Sonntag die Situation anhand einer detaillierten Folie vor, die als **Anlage 1** der Niederschrift beigelegt ist.

Aufgrund einer Zwischenfrage von Herrn Fürbass während des Vortrags bestätigt Herr Strack, dass man *theoretisch* noch nicht unter den § 76 GO falle, da der Haushalt ja noch nicht verabschiedet sei.

Abschließend macht der Kämmerer deutlich, dass man selbstverständlich aufgerufen sei, ein drohendes HSK zu verhindern. Aller Wahrscheinlichkeit nach werde es sich aber nicht verhindern lassen. Man sei ganz bewusst in die Offensive gegangen, um die dramatische Situation transparent und ungeschminkt darzustellen. Nun gehe es nicht mehr nur darum, den 100-Euro-Schein an der ein oder anderen Stelle umzudrehen. Vielmehr müssten nun andere Summen bewegt werden. Insbesondere die Kostenentwicklung in der Jugendarbeit sei ein wesentlicher Punkt. Die Situation stelle sich aber tendenziell in anderen Kommunen ebenso dar. Ergeht auf die aktuelle Presseberichterstattung ein. So würden bereits Grundsteuerhebesätze in anderen Kommunen von 600 % zugrunde gelegt. Ein Gerichtsurteil habe sogar eine Höchstgrenze von 800 % als zulässig erachtet. In Bezug auf den noch zu erarbeitenden Haushaltsentwurf, erklärt Herr Strack, dass das heute berücksichtigte Zahlenmaterial auch auf den Mittelanforderungen der Fachämter basiere. Dies sei aber in weiteren Gesprächen noch zu relativieren.

Der Bürgermeister ergänzt, dass ein Großteil der Probleme gar nicht von der Gemeinde verschuldet seien und von ihr nicht zu beeinflussen sind. Alles, was die Gemeinde selber beeinflussen könne, werde getan. Die Gemeinde sei eben das letzte Glied in der Kette und könne sich nicht mehr über nach unten weitergereichte Umlagen finanzieren. Am Ende stehe der Steuerzahler. Aber auch diesbezüglich müsse behutsam umgegangen werden. Es nütze nichts, wenn beispielsweise bei der Grundsteuer so an der Steuerschraube gedreht werde, dass Immobilien nicht mehr verkauft werden könnten und man so in das Vermögen der Bürger eingreifen würde. Es gelte, sorgfältig vorzugehen und nach Lösungen zu suchen, wie die Situation verbessert werden könne.

Herr Strack verweist auf ein Schreiben des Landrates betr. den Haushaltsentwurf des Kreises. Das Schreiben liege hier zu Mitnahme bereit. Zum Kreishaushalt werde es eine Stellungnahme geben, deren Beratung im kommenden HA und in der Dezembersitzung des Rates erfolgt.

Im Anschluss ergeben sich verschiedene Verständnisfragen.

Auf Fragen von Herrn Fürbaß und Herrn Strausfeld erklärt der Kämmerer die Vorgehensweise zum Regionale-Projekt 2. Bauabschnitt. Voraussetzung sei die Vorlage des Bewilligungsbescheides. Vieles laufe daraufhin, dass die Ausführung der Maßnahme erfolgen könne.

Herr Langer spricht den erheblichen Anteil der Jugendamtsumlage an. Er möchte wissen, ob man auch ohne Erhöhung dieser Umlage das HSK drohe.

Herr Strack erklärt, dass man nach heutigem Stand trotzdem im HSK wäre.

Herr Langer fragt weiter nach Möglichkeiten, mit anderen Gemeinden gemeinsam ein eigenes Jugendamt einzurichten.

Der Bürgermeister und Herr Strack machen deutlich, dass die Einrichtung eines eigenen Jugendamtes ohne den Status einer Stadt im Sinne GO nicht möglich ist. Auch sachlich, so der Bürgermeister, bestehe kein Grund, da Eitorf nach wie vor als Nettoempfänger profitiere. Tendenzuell seien auch bei den Kommunen mit eigenem Jugendamt Aufwandssteigerungen zu verzeichnen.

Frau Hartmann nennt als wesentliche Punkte den U-3-Ausbau und Hilfe zur Erziehung. Es gehe ihr um eingehendere Informationen zu den extremen Kostensteigerungen. Herr Strack verweist diesbezüglich auf die Information des Kreises. Dies sei aber eine Vorabinformation, da der Kreis noch keinen Haushaltsentwurf habe.

Frau Hartmann ergänzt, dass ein interkommunaler Vergleich über sog. landesweite „Vergleichsringe“ im Internet möglich sei.